

Noch nicht vom Beirat genehmigtes

Protokoll Nr. 14 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 17.09.2024 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:39 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | David Cyferkowski Jens Emigholz Petra Hoya Oliver Saake Nikolai Simson Helmut Weigelt | Jens Diestelmann Ernst-Martin Exner Eva Mahler Bernd Siegel Dennis Waschitzek |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras Ralf Möller | |
| c) als Gäste | Zum TOP 2: Silke Frey (Quartiersmanagement) Zum TOP 3: Steffen Hagemann (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration), Gaby Dannemann (Bras e.V.) Zum TOP 4: Antragstellende | |

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 13 vom 20.08.2024 wird genehmigt.

Die vorgelegte Tagesordnung wird ebenfalls genehmigt.

Tagesordnung

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. WiN-Anträge
3. Auswirkungen Budgetdefizite Jobcenter Bremen 2024/ 2025
4. Globalmittelvergabe – 2. Runde 2024

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Saake teilt mit, dass er eben mit dem Fahrrad stadtauswärts die Richard-Boljahn-Allee entlangefahren sei und in Höhe der Ampel an der Berliner Freiheit einen die Treppe heruntergehenden Fußgänger – aufgrund des starken Bewuchses – erst im letzten Moment gesehen habe. Aufgrund der damit einhergehenden Verkehrsgefährdung sollten dringend Grünschnittarbeiten erfolgen.

Ralf Möller erläutert, dass dies an mehreren Stellen im Stadtteil der Fall sei und das Ortsamt diesbezüglich bereits mit dem Umweltbetrieb Bremen (UBB) in Kontakt getreten sei. Es wird festgelegt, die Thematik in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses aufzurufen und neuralgische Punkte zu benennen, an denen es Sichtbehinderungen aufgrund des Bewuchses gebe.

Jens Diestelmann weist darauf hin, dass die Poller in der August-Bebel-Allee noch nicht aufgestellt worden seien.¹

Weiter macht Herr Diestelmann darauf aufmerksam, dass die kinderärztliche Versorgung in der Vahr sehr schlecht sei, da der in der Berliner Freiheit ansässige Kinderarzt nach Horn verzogen sei. Gemäß Herrn Möller könne politisch nicht festgelegt werden, wo sich Ärzt*innen ansiedeln; das Thema könne aber ggfs. noch einmal in einem Fachausschuss aufgerufen werden.

Frau Hoya teilt mit, dass Fußgänger*innen in der Karl-Kautsky-Straße – in Höhe der Einfahrt des Parkhauses – oftmals die Fahrbahn querten, ohne die Ampel zu nutzen, sodass gefährliche Situationen entstünden. Herr Möller erwidert, dass diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) geführt worden seien und das Thema im nächsten Verkehrsausschuss aufgerufen werden könne.

Des Weiteren weist Petra Hoya darauf hin, dass vor der Grundschule In der Vahr Elektro-Roller auf dem Gehweg nicht barrierefrei abgestellt würden. Ralf Möller erinnert daran, dass an der Berliner Freiheit und am Karl-Kautsky-Kreisel Abstellzonen eingerichtet werden sollen und schlägt vor, abzuwarten, wie sich diese etablieren, um dann ggfs. weitere Zonen einrichten zu lassen.²

Petra Hoya erteilt den Hinweis, dass in der Ludwig-Beck-Straße vor einigen Tagen am Anfang, mittig sowie am Ende der Straße Sperrmüll abgelegt worden und auf dem Gleisbett vor der Berliner Freiheit viel Abfall vorzufinden sei.

Bezüglich der verschmutzten Gleisbetten seien bereits mehrfach Gespräche mit der BSAG geführt worden, so Herr Möller. Er regt an, im Koordinierungsausschuss abzusprechen, in welchem Rahmen das Thema erneut aufgegriffen werden könne.

Zuletzt berichtet Frau Hoya, dass immer mehr Einkaufswagen mittlerweile vor den Wohnhäusern abgestellt würden.

Herr Emigholz bemängelt erneut die zum Teil schlecht erhaltenen Gleisbetten an Querungen, die nur schwer vom Radverkehr gekreuzt werden könnten.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller berichtet mit Bedauern, dass Rolf Diehl (VAHReport) zwischenzeitlich schwer erkrankt sei. Der VAHReport werde daher künftig deutlich eingeschränkt werden müssen.

Weiter teilt Ralf Möller mit:

- Die Bepflanzung des Seitenstreifens vor dem Parkhaus an der Berliner Freiheit sei am letzten Freitag erfolgt, sodass im nächsten Frühling eine Blühwiese sichtbar werden sollte.³ Die Aktion habe sich als umfangreicher herausgestellt, wie ursprünglich angenommen. Herr Möller bedankt sich bei dem Center Management der Berliner Freiheit, welches sich an der Maßnahme beteiligt habe.
- Aufgrund der sehr maroden Wege um den Vahrer See werde eine schnellstmögliche Wegesaniierung als Sofortmaßnahme angestrebt. 20.000 € seien hierfür bereits aus dem Stadtbudget des Beirats bereitgestellt worden. Weitere 30.000 € seien von der Quartiersmanagerin aus dem Programm „Soziale Stadt“ in Aussicht gestellt worden. Daneben gebe es weitere mögliche Mittelgeber, sodass 120.000 bis 140.000 € zusammenkommen könnten. Leider könne das Vorhaben aktuell nicht weiter vorangetrieben werden, da beim UBB derzeit keine Personalkapazitäten zur Durchführung einer genauen Kalkulation zur Verfügung stünden.
- Zum Fußverkehrscheck liege weiterhin keine Rückmeldung vor.

¹ Der UBB hatte diese an falscher Stelle eingebaut. Ursprünglich sollten diese im März 2024 eingebaut werden.

² Siehe [Protokoll Nr. 6](#) der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr, Umwelt und Klimaschutz“ am 26.08.2024.

³ Siehe [Protokoll Nr. 13](#) der Beiratssitzung am 20.08.2024 mit der Anlage [Präsentation STB Ingenieure zum Pflanzprojekt am EKZ Berliner Freiheit](#)

TOP 2: WiN-Anträge

Silke Frey stellt drei neue Projekte aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) vor:⁴ Im Rahmen des WiN-Programms verbleibe danach noch eine Planungsreserve in Höhe von um die 1.000 €. Damit sei das Budget weitestgehend ausgeschöpft. Es sei noch ein Kinder-Sprach-café für die Grundschule an der Witzlebenstraße geplant, allerdings habe sich bislang keine Person gefunden, die das Projekt durchführen würde.

Weiter weist Silke Frey auf ein neues LOS-Projekt hin, bei dem Frauen mit Migrationshintergrund niedrigschwellig an den Umgang mit IT herangeführt werden sollen.

Darüber hinaus lägen drei Projekte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ vor, wobei eines noch in Planung sei.

Der Beirat nimmt wohlwollend Kenntnis.

Da das Programm „Soziale Stadt“ in der Vahr nach einer 15-jährigen Förderung auslaufen werde, habe Silke Frey die zuständige Person aus dem Hause der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) darum gebeten, in einer Sitzung über die mögliche Fortführung von Projekten zu berichten. Bernd Siegel schlägt vor, abzuwarten, welches Ergebnis der nach den Sommerferien anberaumte Termin mit der zuständigen Senatorin ergeben habe. Er hoffe, dass dem Stadtteil künftig die jährlichen 60.000 € aus einem anderem Topf zur Verfügung gestellt werden können.

Silke Frey weist abschließend auf den Termin des Quartiersforums am 24.10.2024 um 15:00 Uhr zur Jahresplanung 2025 hin, zu dem auch der Beirat herzlich eingeladen sei, um gemeinsam zu überlegen, welches die künftigen Bedarfe im Stadtteil seien könnten.

TOP 3: Auswirkungen Budgetdefizite Jobcenter Bremen 2024/ 2025

Herr Möller weist eingangs darauf hin, dass dem Ortsamt eine Stellungnahme aus dem Hause der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vom 12.07.2024 zur Situation des Jobcenters Bremen vorliege.

Wesentliche Bestandteile der Stellungnahme:

Das Jobcenter Bremen kann alle für die zweite Jahreshälfte beantragten Arbeitsgelegenheiten bis zum 31. Dezember 2024 umsetzen.

Das Jobcenter darf als Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2025 weitere Bundesmittel nutzen.

Aufgrund bestehender Verträge waren nicht alle Maßnahmen des Jobcenters von der Finanznot betroffen. Beispiele:

- Maßnahmen für junge Menschen unter 25 Jahren,
- außerbetriebliche Berufsausbildungen,
- Einstiegsqualifizierungen,
- assistierte Ausbildung und
- Maßnahmen bei Trägern, die speziell für junge Menschen eingekauft wurden.

Es wird eine vorbereitende Arbeitsgruppe der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration mit Beteiligung des Jobcenters und der Arbeitsagentur gebildet und erste Handlungswege erarbeiten.

Einige Fragen seien vorab vom Beirat formuliert und vom Ortsamt an die Zuständigen versendet worden; eine schriftliche Rückmeldung sei jedoch ausgeblieben. Herr Möller schlägt vor, dass diese und ggfs. weitere Fragen heute gestellt werden könnten.

Der Beirat hatte das Ressort konkret um folgende Informationen gebeten:

1. Wie werden die Belange des Stadtteils von der von Ihnen beschriebenen, vorbereitenden Arbeitsgruppe der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration mit Beteiligung des Jobcenters und der Arbeitsagentur ermittelt und bewertet?

⁴ Die Übersicht aller Anträge ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

2. Ist es beabsichtigt, dass der Beirat und betroffene Einrichtungen des Stadtteils an der Arbeitsgruppe inhaltlich partizipieren?
3. Welche Auswirkungen haben die von Ihnen angekündigten Maßnahmen in 2024 für das Folgejahr 2025?

Steffen Hagemann weist eingangs darauf hin, dass er zuständig für durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Projekte und daher mit den betroffenen Projekten vertraut sei. Einige Fragen jedoch könnten ausschließlich oder besser vom Jobcenter beantwortet werden.

Zu den Fragen antwortet Steffen Hagemann wie folgt:

- Nachdem die Budgetproblematik bekannt geworden sei, habe sich das Arbeitsressort mit anderen beteiligten Ressorts zusammengetan, die an die Quartiere angebunden seien und in Kontakt zu den Trägern stünden.
- Dabei seien zunächst alle Projekte und Schwerpunktmaßnahmen gesammelt worden, woraufhin Vorschläge entwickelt worden seien, die an das Jobcenter herangetragen worden seien.
- Das Jobcenter habe sich mit diesen Vorschlägen auseinandergesetzt und mit den Trägern den Kontakt gesucht. Das Jobcenter selbst habe bei seinen Entscheidungen den Schwerpunkt auf Maßnahmen mit einem arbeitsmarktpolitischen Fokus gesetzt, also auf Maßnahmen, die aus Sicht des Jobcenters einen starken Arbeitsmarktbezug hätten.
- Einige Träger hätten in der vorigen Woche die Mitteilung erhalten, dass sie im nächsten Jahr ihre Plätze kürzen müssten.

Frau Dannemann berichtet über die Auswirkungen im Stadtteil für die [Sprach- und Integrationsmittler*innen \(Sprinter\)](#):

- Die Sprinter seien im gesamten Bremer Osten tätig, wobei der Sitz in der Vahr sei.
- Es habe 20 Dolmetscher*innen in der Vahr und fünf im Schweizer Viertel gegeben. Die Anzahl habe bereits auf 19 reduziert werden müssen. Drei weitere Sprinter müssten in diesem Jahr ihre Tätigkeiten einstellen, sodass dann nur noch 16 zur Verfügung stünden. Wie es im nächsten Jahr weitergehen werde, sei noch offen.
- Mit jeder Person, die gehe, fehle ein*e Dolmetscher*in. Zum Beispiel gebe es keine Person mehr, die persisch spreche. Auch dahingehend bestehe ein Bedarf.
- Die Sprinter deckten sämtliche Themenbereiche ab. Auch für Übergangswohnheime seien sie zuständig. Es müsse nun abgewogen werden, in welchen Fällen die Begleitung in Verbindung mit dem Dolmetschen am wichtigsten sei. Mit 80 Prozent stellten Arztbesuche den größten Anteil aller Einsätze dar. Aufgrund des Ärztemangels befänden sich die Ärzt*innen teilweise in anderen Stadtteilen, sodass Arztbesuche viel Zeit in Anspruch nähmen.
- Ansonsten könnten die Auswirkungen im Einzelnen noch nicht abgeschätzt werden.

Bernd Siegel berichtet von Gesprächen mit den Einrichtungen vor Ort:

Im [Familien- und Quartierszentrum \(FQZ\)](#) seien etwa 15 bis 18 Personen im Cafébetrieb tätig. Von diesen seien ursprünglich sechs im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsmarkt nach SGB II §16i⁵ sowie im Rahmen der geförderten (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung nach SGB II §16e⁶ tätig gewesen – aktuell handele es sich nur noch um vier Personen. Eine weitere Person werde im nächsten Jahr sowie noch eine weitere im übernächsten Jahr gehen, sodass noch zwei verbleiben. Daneben seien im FQZ Personen in den vom Jobcenter geförderten Arbeitsgelegenheiten/ AGH-Stellen („Ein-Euro-Jobs“) tätig. Neben dem Cafébetrieb und Mittagsangebot im FQZ würden etwa 150 Mittagessen pro Woche für drei Senior*innen-Treffs zubereitet. Dieses dürfe nur von den „16i- und 16e-Kräften“ zubereitet werden. Da bestehende Verträge nicht verlängert und

⁵ Bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt nach SGB II §16i handelt es sich um einen Wiedereinstieg in die Berufswelt in kleinen Schritten für Langzeitarbeitslose. Die ESF-Förderung besteht für einen fünfjährigen Zeitraum.

⁶ Die geförderte (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung nach SGB II §16e ist für Menschen, die innerhalb der letzten zwei Jahre Grundsicherung durch das Jobcenter Bremen erhalten haben und den Wiedereinstieg in die Berufswelt wünschen. Die Bezuschussung erfolgt für zwei Jahre.

keine neuen Verträge geschlossen werden könnten, sei unklar, ob bzw. in welcher Form die Angebote künftig weiterlaufen könnten.

Weiter berichtet Herr Siegel von dem Angebot der [WaBeQ mbH gemeinnützig](#) in der Vahr zur Qualifizierung von alleinerziehenden Frauen. Alle Bildungsgutscheine, die den Frauen zur Vorbereitung von Qualifizierungsmaßnahmen ausgehändigt worden seien, gebe es nicht mehr. Die Frauen könnten nach einer Pause o.Ä. nun keine Beschäftigungs- und Fördermöglichkeiten mehr annehmen. Gemäß der WaBeQ handele es sich um eine erhebliche Einschränkung für die Arbeit der Institution, die damit kaum noch Angebots-Möglichkeiten für ihre Kundinnen habe.

Auch von Seiten des Bürgerzentrums Neue Vahr wird auf die negativen Auswirkungen durch den Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeiten nach §16i und §16e hingewiesen. Das Bürgerzentrum habe bereits im letzten Jahr die Mitteilung erhalten, dass das Bürgerzentrum künftig keine entsprechende Zuweisung mehr erhalten werde. Daraus folge u.a. eine Reduzierung der Öffnungszeiten.

Auf Nachfragen antwortet Herr Hagemann folgendermaßen:

- Zu der Frage der Einbindung des Beirats hält Herr Hagemann es für sinnvoll, Vertretungen zu Beiratssitzungen einzuladen, um sich über den aktuellen Sachstand berichten zu lassen und damit Transparenz zu schaffen. In der Beirätekonzferenz sei zum Beispiel der weitere Fahrplan vorgestellt worden.
- Die beteiligten Referate hätten sich zunächst zusammengesetzt, um sich einen Überblick über die Misere zu verschaffen. Es sei geschaut worden, welche Träger betroffen seien und welche Auswirkungen die Kürzungen für die Quartiere und die Menschen, die in den Maßnahmen gefördert werden, hätten. Dabei sei auch berücksichtigt worden, ob andere Instrumente zur Verfügung stünden, um die Menschen in andere Maßnahmen überführen zu können.
- Er könne nicht sagen, bei welchen Maßnahmen genau es sich um solche mit einem arbeitsmarktpolitischen Bezug handele – die Definition müsse vom Jobcenter erfolgen.
- Der [VaDiB e.V.](#) sei als Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister eingebunden gewesen.

Frau Dannemann ergänzt zu der Frage der Einbindung der Träger, dass sie als Projektleiterin erst sehr spät Informationen erhalten habe. Im Mai 2024 habe sie nach mehreren Anfragen das erste offizielle „nein“ gehört, was die Verlängerung von Verträgen anbelangt. Es sei sehr bitter, dass die Menschen, die einen Plan gehabt hätten, vorzeitig weggeschickt werden müssten, die zudem ein wichtiges Arbeitsfeld bedienen würden.

- ESF-Projekte seien oftmals in WiN-Gebieten sowie in Quartieren mit einem schwachen Sozialindex angesiedelt. Es sei auch geprüft worden, wie viele ähnliche Projekte bereits in einem Stadtteil liefen bzw. ob ähnliche Angebote bestünden, um möglicherweise Synergieeffekte zu erzielen. Dem Jobcenter seien Vorschläge unterbreitet worden, wobei die Entscheidungen allein vom Jobcenter getroffen würden.
- Um zu vermeiden, dass Einrichtungen durch das Raster fielen, habe es die übergreifenden Treffen gegeben. Es gebe eine Übersicht aller betroffenen Einrichtungen, inklusive der an das Jobcenter unterbreiteten Vorschläge. Ralf Möller bittet Herrn Hagemann darum, diese zur Verfügung zu stellen.

Bernd Siegel findet, dass der Beirat über die Entscheidungen, welche Einrichtungen im Stadtteil in welchem Umfang von den Kürzungen betroffen seien, informiert werden müsse – mit den entsprechenden Begründungen.

Oliver Saake hält es für dringend erforderlich, nochmals das Jobcenter in eine Beirats- oder Fachausschusssitzung einzuladen. Er hält die Einbeziehung des Beirats und die Darlegung der zugrunde gelegten Kriterien für die Entscheidungen des Jobcenters für wichtig.

Im Beirat erfolgt die Diskussion, zu welchem Zeitpunkt die Thematik erneut aufgegriffen werden solle.

Katharina Kähler (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) erläutert, dass es sich um Bundesmittel handele, über dessen Höhe erst im November 2024 beschlossen werde.

Weiter teilt sie mit, dass die Bereiche Fort- und Weiterbildung sowie berufliche Rehabilitation vom Jobcenter ausgelagert und der Agentur für Arbeit zugeordnet worden seien. Betroffen von den Kürzungen seien nur die Arbeitsförderungsmaßnahmen gemäß §16i und §16e und AGH-Maßnahmen, die bei dem Jobcenter angesiedelt seien.

Eva Mahlert unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, so wie vom Beirat Hemelingen am 19.08.2024 beschlossen:

Der Beirat Hemelingen erwartet eine Beteiligung von den zuständigen Stellen zum Vorschlag zur Fortschreibung der Arbeitsmarktförderung vor der abschließenden Entscheidung zum 30.09.2024. Die Kriterien für den Vorschlag sollen dem Beirat gegenüber offengelegt werden.

Der Beirat einigt sich schließlich darauf, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzugreifen, sobald über die Höhe der Mittel entschieden worden sei und dann ggfs. einen Beschluss zu fassen.

TOP 4: Globalmittelvergabe – 2. Runde 2024

Eingangs erinnert Ralf Möller daran, dass der Fachausschuss „Globalmittel“ am 02.09.2024 in öffentlicher Sitzung die eingegangenen Globalmittelanträge beraten habe. Dabei seien alle Antragsteller*innen der Anträge 23 bis 30 anwesend gewesen.⁷ Die Anträge 20 bis 22 seien bereits vorab beschlossen worden.

Anschließend stellt Ralf Möller die einzelnen Anträge vor:⁸

Der Globalmittelausschuss habe für den Antrag 26 keine Empfehlung an den Beirat abgegeben – die beantragte Summe habe 14.000 € betragen.

Für den Antrag 29 habe der Ausschuss eine Bewilligung von 500 € und damit eine Kürzung der Antragssumme um 2.500 € empfohlen.

Der Fachausschuss habe empfohlen, den übrigen Anträgen in der beantragten Höhe stattzugeben.

Zunächst stellt Ralf Möller die Anträge, mit Ausnahme der Anträge 26 und 29, zur Abstimmung: Sie werden einstimmig vom Beirat befürwortet.

Den Antragstellenden der Anträge 26 und 29 sei in der Globalmittelausschusssitzung signalisiert worden, dass sie die Anträge in modifizierter Form einreichen könnten. Dies sei erfolgt.

Zum Antrag 26 teilt eine Vertretung des Vereins mit, dass sie selbst zwei Tage pro Woche in der Mensa mitarbeite. Die 9. Klassen beteiligten sich an der Zubereitung des Bio-Essens. 120 bis 150 Schüler*innen äßen täglich in der Mensa.

Herr Siegel und Herr Saake befürworten den Änderungsantrag, in dem die Verknüpfung mit dem Ehrenamt sowie eine Selbstbeteiligung der Schüler*innen in Höhe von einem Euro je Mahlzeit dargelegt werde.

Ralf Möller lässt über die beantragte Förderung des Antrags 26 in Höhe von nun 4.900 € abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

Zum Antrag 29 legt Ralf Möller dar, dass dieser mehrfach ungenau und nicht plausibel sei. Leider sei heute keine Vertretung des Vereins anwesend.

Ralf Möller lässt über eine Förderung in Höhe von 500 € abstimmen: Diese wird einstimmig abgelehnt.

⁷ Zur Sitzung des Fachausschusses „Globalmittel“ am 02.09.2024 siehe [Protokoll Nr. 3](#).

⁸ Die Übersicht über die Globalmittel in der 2. Vergaberunde ist als **Anlage 2** (beschlossene Fassung) diesem Protokoll angefügt.

TOP 5: Verschiedenes

Die stellvertretende Schulleiterin der Grundschule an der Paul-Singer-Straße stellt sich vor und teilt mit, dass der Schulleiter nicht mehr an der Schule tätig sei und die Stelle neu ausgeschrieben worden sei.

Ralf Möller kündigt zum Abschluss folgende Termine an:

- Montag, 01.10.2024, 18:30 Uhr: Koordinierungsausschusssitzung;
- Dienstag, 22.10.2024, 19:30 Uhr: nächste Beiratssitzung.

Sitzungsleitung
Möller

Protokoll
Auras